

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 32.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 11. August 1911.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengefuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1546. — Redaktionsschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Immer wieder der Arbeitsnachweis.

Es unterliegt für mich keinem Zweifel mehr, daß der obligatorische Arbeitsnachweis in der Holzindustrie gründlich gemacht hat, weil er die allergrößten Mißstände mit sich bringt. Nicht nur die Arbeitgeber, sondern gerade die Arbeiter sind durch das Obligatorium auf das schwerste geschädigt, und es herrscht allseitig eine tiefe Erbitterung, daß sogar die Tarifverträge in Gefahr zu stehen scheinen.

So schildert Herr Obermeister Rahardt in Nr. 30 der „Fachzeitung“ den gegenwärtigen Stand der Arbeitsnachweisfrage im Holzgewerbe. Wir nehmen von den Auslassungen um so lieber Notiz, da sie wiederum bestätigen, wie sehr unser Verband mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem obligatorisch-paritätischen Facharbeitsnachweis im Rechte ist. Nach Herrn Rahardt herrscht in Berlin der reinste Wirrwarr. Die Zahlstellen Charlottenburg, Nixdorf und Weißensee des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, die an dem allgemeinen Vertrag beteiligt sind, sollen längst „auf den Facharbeitsnachweis pfeifen“. Ebenso soll die Einsperraktion des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes in Berlin beibehalten haben, das Umhauen bei Nichtvertragsfirmen freigegeben. Die Gesellen benützen den Arbeitsnachweis vielfach nicht, hingegen würde jeder Meister, der den Nachweis umging, vor die Schlichtungskommission geschleppt. Derartige Mißstände müßte die Erbitterung unter den Meistern steigern. Bei den Gesellen werde die Erbitterung bewirkt, wenn verheiratete Arbeiter 8 bis 10 Wochen lang auf dem Nachweis herumhängen müßten und zusehen hätten, wie Stellen in der Nähe ihrer Behausung von Leuten mit niedrigeren Nummern besetzt würden und sie eine Stelle nachgewiesen erhielten, die am entgegengesetzten Ende der Großstadt liege. Hundertfach seien auch Fälle zu verzeichnen, daß die für eine bestimmte Werkstatt und Arbeit qualifizierten Leute nur aus dem Grunde nicht vermittelt werden konnten, weil ihnen eine große Zahl weniger qualifizierter Kollegen vorangestanden hätten.

Das Obligatorium der paritätischen Arbeitsnachweise in der gegenwärtigen Form sei ein Übel und eine Vergewaltigung der Praxis. Es bedeute für das Gewerbe eine schwere Schädigung und sei es deshalb wohl angebracht, die Verhandlungen von Cassel und Eisenach aus dem Jahre 1906 und 1907 über den Arbeitsnachweis wieder aufzunehmen und Vereinbarungen zu treffen, welche beide Teile zu ihrem Rechte kommen lassen.

Gegenüber den Rahardt'schen Ausführungen bemerkt die „soziald. Holzarbeiter-Zeitung“ (Nr. 31), daß die Klagen über den Arbeitsnachweis von Seite des Arbeitgeber-Schutzverbandes provoziert worden seien. Die Klagen könnten deshalb auch nicht als beweiskräftiges Material gelten. Den Arbeitgebern sei es vornehmlich darum zu tun, sich von den tariflichen Verpflichtungen zu drücken und empfänden sie deshalb die Kontrolle des Arbeitsnachweises für lästig. — Auf den Vorschlag, der die Weiterführung der Casseler und Eisenacher Verhandlungen anregt, geht die „Holzarbeiter-Zeitung“ nicht ein. Ob sie eine Aussprache für zwecklos hält?

Sil denn, so fragen wir uns, die Arbeitsnachweisfrage im deutschen Holzgewerbe allenthalben so brennend, daß sie eine baldige endgültige Lösung erheischt? Wir möchten das verneinen. Nur dort wirkt die in der Arbeitsnachweisfrage geschaffene Situation kräftelähmend auf das Gewerbe ein, wo man seitens der Arbeitgeber über das Obligatorium des Nachweises „verhandelt“ und schließlich in diesem Punkte nachgegeben hat. Daß es gerade Städte sind, wo Scharfmacherei und Klassentkampf in hoher Blüte standen und noch stehen, ist ein weiteres beachtenswertes Moment.

Unser Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat kein großes Bedürfnis über eine Reform des Obligatoriums der bestehenden paritätischen Facharbeitsnachweise zu verhandeln. Für ihn kann es nur eine Ablehnung des Obligatoriums geben. Deshalb wird es auch dort nicht zur Einführung obligatorisch-paritätischer Nachweise kommen, wo unsere Organisation über eine entsprechende Macht verfügt.

Ueber die Gründe der Ablehnung haben wir früher bereits referiert. Es braucht deshalb nur angedeutet werden, daß es nicht nur der Verbandsegoismus ist, der uns zur Ablehnung des Obligatoriums zwingt, sondern es gewerbepolitische und volkswirtschaftliche Gründe sind, die uns zu Segnern des Obligatoriums machen. Ohne ein gewisses Maß von freier Initiative ist ein Fortschritt und die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse gar nicht denkbar. Das zeigt sich überall. Auch auf dem Arbeitsmarkt darf diese Initiative nicht völlig ausgeschaltet werden. Beim Obligatorium der Arbeitsvermittlung ist dieses aber der Fall. Und da ersticht der Gegensatz, der sich immer wieder auftut zwischen den Anhängern der sozialistischen und den Anhängern der bestehenden Wirtschaftsordnung! Wenn eine sozialistische Organisation von ihrem Ideal, der gebundenen Wirtschaftsordnung, ein Stück zu erreichen trachtet, ist das wohl zu verstehen. Kann es denn eine bessere Erziehungsschule für den Zukunftsstaat geben, als ein bestmöglich geförderter obligatorischer Arbeitsnachweis?

Für uns ist das Obligatorium des Arbeitsnachweises keine Arbeiter-Forderung, sondern in diesem Falle, eine sozialistische Forderung. Arbeiter-Interessen und sozialistische Interessen sind aber noch nie identisch gewesen. Eigentümlich ist bei der Forderung des Obligatoriums, wie sich hier die Gegensätze, Sozialisten und verhandlungsunwillige Scharfmacher, (vergl. die Zwangs-Arbeitsnachweise der Arbeitgeber) so nahe berühren.

Ein Hinweis auf die Berliner Verhältnisse zeigt, wohin ein Gewerbe kommt, wenn gegenüber sozialistischen Bestrebungen kein Verständnis oder kein Rückgrat vorhanden ist. Wie sich die Arbeitgeber heute sehen, lassen wir ganz außer Betracht. Nur sei festgestellt, daß am Schlusse der letzten Juliwache auf dem obligatorisch-paritätischen Facharbeitsnachweis für das Holzgewerbe in Berlin 2388 Arbeitslose gemeldet waren. Die übergroße Mehrheit dieser Arbeitslosen gehörte dem sozialdem. Holzarbeiterverband an. Der Gau Berlin dieses Verbandes, wies zur gleichen Zeit 2202 Arbeitslose auf. Nur sehr wenige von diesen dürften außerhalb der Stadt Berlin zu suchen sein. Im ganzen deutschen Reich waren am letzten Tage der letzten Juniwoche nach den Berichten der drei Holzarbeiterverbände 3534 organisierte Holzarbeiter arbeitslos. Es ergibt sich so, daß Berlin nicht weniger als 60 Prozent der im deutschen Reich arbeitslosen Holzarbeiter beherbergt. Das ist eine erschreckend große Zahl, die nur zu charakteristisch ist für den „Wasserkopf“ des Reiches. Fast allenthalben haben wir eine flote Konjunktur im Holzgewerbe. Hätten wir im Zentralverband christlicher Holzarbeiter einige Hundert Arbeitslose, wir brächten sie unter. Berlin aber — mit seinem Arbeitsnachweise, der von der sozialistischen Organisation als das Ideal aller Arbeitsnachweisarten hingestellt wird, der mit ungeheuren Opfern persönlicher und materieller Art erkämpft wurde, — hat trotz und alledem rund 60 Prozent der im deutschen Reich arbeitslosen Holzarbeiter allein.

Und weshalb die Arbeitslosigkeit? Nachdem die Nachwirkungen der in Berlin ausgefochtenen Arbeitskämpfe verschwunden sein sollten, verbleibt als wesentlichster Grund die Hemmung der freien Initiative im Gewerbe durch das Obligatorium des Arbeitsnachweises.

Alles Jammern über die unerträglichen Wirkungen des obligatorischen Facharbeitsnachweises wird die Berliner Arbeitgeber wenig nutzen. Ein großer Teil von ihnen hat sich in früheren Jahren der Scharfmacherei verschrieben und damit nicht unwesentlich dazu beigetragen, daß der sozialistische Gedanke bei den Arbeitern üppig ins Kraut schoß. Die ausgefochtenen Machtkämpfe zeigten, daß die Arbeitgeber mit ihrer Scharfmacherei nichts ausrichten konnten. Resigniert ergaben sie sich dem Schicksal, anerkennend nicht die Arbeiterforderungen, sondern die Wünsche der sozialistischen Bewegung. Jetzt ist der Katzenjammer da. Die Lehre schadet eigentlich nichts. Es hätte jedoch gar nicht soweit zu kommen brauchen, wenn die Herren an der „Fachzeitung“ des Arbeitgeber-Schutzverbandes, das Vorhandensein anderer als sozialistischer Arbeiterorganisationen nicht so beharrlich und konsequent ignorierten.

Was heute geschehen soll, um die Nachteile der bestehenden obligatorischen Arbeitsvermittlung zu beseitigen, das überlassen wir in der Hauptsache am besten denen, die das Obligatorium gewünscht und geschaffen haben. Wir haben bei allen was geschehen wird, nur zu gewinnen und nichts zu verlieren. Für die Zukunft indes wird es Aufgabe aller im Gewerbe auf nichtsozialistischer Grundlage wirkenden Kräfte sein: 1. alle ideologischen Anschauungen, die auf die obligatorische Arbeitsvermittlung hinzielen, auf das nachdrücklichste zu bekämpfen; 2. keine Nachweise mit obligatorischer Vermittlung neu zu schaffen oder von anderer Seite geschaffene anzuerkennen; 3. muß als Endziel in der Arbeitsnachweisfrage anstatt der obligatorischen Vermittlung, die obligatorische Benachrichtigung über Arbeitslosigkeit und Arbeitsantritt an eine unparteiische Stelle für Arbeitsmarktstatistik erstrebt werden.

Halle 10.

(Gins: Antwort auf das Schlagwort „Bettelsuppen“.)

Gilt die Internationale Hygiene-Ausstellung in Dresden als ein geniales Organisationswert ersten Ranges, „Halle 10“, die Deutsche Arbeiterversicherung enthaltend, darf als eine der wertvollsten Abteilungen angesehen werden. Wenn schon der vorurteilsfreie Sozialpolitiker im Gegensatz zu der maßlosen Kritik sozialdemokratischer Politiker zu einem guten Urteil über die deutsche Arbeiterversicherung gelangt, so wird er durch die Ausstellung in „Halle 10“ nicht nur darin bestärkt, sondern ihm überhaupt erst ein vollständiger Einblick und Ueberblick über die gewaltige Bedeutung der deutschen Arbeiterversicherung in hygienischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehung verschafft. Als Kuriosum

mag es erscheinen, daß eingeschworene Sozialdemokraten, wie Fräsdorf-Dresden, Polle-der-Weipzig und Kohn-Berlin als Mitglieder des Ausschusses für „Halle 10“ mitgewirkt haben und so dazu beitragen, über die „Bettelsuppen“ eine bessere Meinung zu verbreiten. Auch für uns lohnt es sich, „Halle 10“ einer besonderen Betrachtung zu unterziehen. Die Ausstellung ist unter der Leitung des Reichsversicherungsamtes unter Mitwirkung einer großen Anzahl von Landesversicherungsanstalten, Berufsgenossenschaften und Krankenkassen veranstaltet worden.

Beim Eintritt in Halle 10 fällt dem Besucher sofort das Bild eines in doppelter Mannesgröße ausgeführten Eichbaumes ins Auge, darstellend in allegorisch, statisch, heraldischer Form „die deutsche Arbeiterversicherung“. Die Wurzeln als Mittel zur Gewinnung der Nahrung für den Baum, stellen die Einnahmequellen dar und zwar Beiträge, Zinsen und Reichszuschuß. Der Stamm des Baumes als das wertvolle Nutzholz oder auch Kraft und Leben veranschaulichend, zeigt uns die zahlenmäßigen Leistungen an die Versicherten, und in den Zweigen sind die einzelnen Ausgabenkontos sowie andere Wissenswerte sinnfällig durch heraldische Tafeln mitgeteilt. Der Baum stellt nicht die Leistungen eines Jahres dar, sondern enthält die Gesamtzahlen seit Bestehen der einzelnen Versicherungszweige. Grundlage gelegt ist also für die Invalidenversicherung die Zeit von 1891 bis 1909 = 18 Jahre, für die Kranken- und die Unfallversicherung die Zeit von 1885 bis 1909 = 24 Jahre. Folgende Zahlenzusammenstellung dürfte nicht ohne Interesse sein:

Die deutsche Arbeiterversicherung in Einnahme und Ausgabe insgesamt.

A. Einnahmen (in Millionen Mark).

	Beiträge		Reichszuschuß	Zinsen	Zusammen
	Arbeitgeber	Arbeitnehmer			
Invaliden-Versicherung	1271,2	1271,2	557,2	521,0	3650,6
Kranken-Versicherung	1851,3	2998,8		205,7	4555,8
Unfall-Versicherung	2195,0			283,6	2478,6
Summa:	4317,5	4270,0	557,2	1010,3	10685,0

B. Ausgaben (in Millionen Mark).

	Renten	Verwaltung	Bermögen	Zusammen ohne Bermögen
Invaliden-Versicherung	1571,6	204,9	1574,1	2076,5
Kranken-Versicherung	3994,4	243,1	286,3	4237,5
Unfall-Versicherung	1506,3	319,6	510,7	2127,9
Summa:	7074,3	767,6	2371,1	8411,9

Davon ab Zuschuß an Unfall-Versicherung 128,2
Mühen Ausgabe und Bermögen bei Einnahme: Mill. Mk. 10685,0

Aus obiger Statistik ist manches Interessante ersichtlich. So vor allem die Tatsache, daß die Arbeiter gegenüber ihren Beiträgen in Höhe von 4270,0 Millionen Mark, 7674,3 Millionen Mark an Zuwendungen erhalten haben, welche Summe sich auf 10045,6 Millionen Mk. erhöht, wenn man die zur Sicherung zukünftiger Leistungen angesammelten Reservevermögen hinzurechnet. Die Verwaltungskosten sind außerdem noch gedeckt aus anderen Mitteln, als den Beiträgen der Arbeiter. Ferner ergibt sich, daß die Arbeitgeber rund 550 Millionen Mk. mehr an Beiträgen geleistet haben als die Arbeiter. Dem begegnet der sozialdemokr. Dugendagitor mit dem Bemerkten, die Arbeiter zahlten letzten Endes ja doch auch die Beiträge der Arbeitgeber, weil sie diesem erst das Geld verdienen müßten. Wie die Leute zu einer solchen volkswirtschaftlichen „Weisheit“ gelangen, ist schier unverständlich. Wie liegt denn nun? Der Arbeitgeber produziert Waren für den Handel bzw. Markt. Diese Produktion erfordert eine bestimmte Menge an Unkosten, welche durch den Preis der Rohmaterialien, Arbeitslöhne und andere Betriebskosten entstehen. Der Preis der fertigen Waren müßte nun eigentlich durch Aufschlag eines sich gleichbleibenden Prozentsatzes als Arbeitgeberverdienst festgesetzt werden. Dann wären die Beiträge der Arbeitgeber zur sozialen Versicherung weiter nichts als Produktionsunkosten, um deren Betrag der Verkaufspreis der Produkte gesteigert würde; die Sozialdemokratie hätte also recht. Es ist aber anders. Denn der Preis der Produkte richtet sich in den wenigsten Fällen schlechtlich nach den Produktionsunkosten, sondern nach Angebot und Nachfrage, Konjunktur und Konkurrenz, so daß die Beiträge der Arbeitgeber für die sozialen Gesetze in den wenigsten Fällen auf die Warenpreise aufgeschlagen werden können und damit eine Minderung des Unternehmergewinns bedeuten. Nehmen wir leiblich die Barleistungen zum Maßstab, so ergibt sich folgende Verteilung:

Die Arbeitgeber zahlen davon	3757,0 Mill. Mk.	= 49%
die Arbeitnehmer	3330,0	= 43,4%
das Deutsche Reich	587,0	= 7,6%

Summa 7674,0 „ „ = 100%

In der nachfolgenden Zusammenstellung ist sodann der Nachweis der Einzelleistungen erbracht:

Kranken-Versicherung	Unfall-Versicherung	Invaliden-Versicherung
Versicherte Personen: 13,4 Mill.	Versicherte Personen: 23,8 Mill.	Vers. Personen 15,4 Mill.
Krankheitsjahre: 4,290 667 Mill.	Entschädigte Unfälle: 2,141 066 Mill.	Zuv. Rent. 1,745 137 Mill.
Krankheitsstage: 1,666,9 Mill.		Alters-Rent. 481 382 Mill.
Krankentage: 86,877 890 Mill.		Kranken-Renten: 103 192 Mill.
		Erstattungsfälle: 2,406 341 Mill.

Leistungen (in Millionen Mark).					
Krankengeld	1736,2	Unfallrente	1304,2	Invalidenrente	1188,9
Arzt Honorar	845,1	Hinterbl. Rente	321,4	Altersrente	423,5
Arznei	615,9	Heilverfahren	67,2	Krankentage	25,9
Krankenhaus	510,6	Heilverfahren	44,7	Heilverfahren	137,6
Stempel	122,0	Stempel	10,4	Beitragsentlastung	95,7
Wohnkosten	63,7	Angewandte Rente	18,8	Bewertung	140,0
Angewandte	39,5	Unfallversicherung	12,4	Beitragsentlastung	58,8
Sonstige Leistungen	61,4	Wohnkosten	12,1	Schiedsgerichte	9,0
Bewertung	243,2	Ausländerabfindung	3,9		
		Wohnkosten	10,6		
		Unfallversicherung	18,9		
		Bewertung	215,2		
		Verfahren	58,5		
		Schiedsgericht	27,0		

Es wird nun viel von der „demoralisierenden Wirkung der sozialen Gesetze“ von Arbeitgeberseite „als Gegenstück zu dem Wort „Bettelsuppen“ geredet. Daß davon ebensowenig die Rede sein kann, bedarf keiner weiteren Ausführung, auch wird solches im letzten Schluß nur gesagt, damit man die eigene unsoziale Gesinnung damit verdecken kann. Es erscheint deßwegen immerhin angebracht, einmal Wert und Ziel der deutschen Arbeiterversicherung sowie ihr wahres Wesen kurz zu betrachten.

Das menschliche Leben ist infolge der Entwicklung sehr verschieden ungleich geschützt gegen Gefährdungen der Existenzbedingungen. Jeder Mensch benötigt aber ein gewisses Maß von Existenzsicherheit, die er sich, soweit Mitglieder der breiten Masse in Frage kommen, selbst nur selten, in der Regel also nicht verschaffen kann. Nun liegen aber die meisten Ursachen der Existenzunsicherheit in den Erwerbsverhältnissen. Man kann daher von einem dreifachen Interesse an der Frage der Existenz der Arbeiter reden, das eigene Interesse der Arbeiter, das Interesse der Arbeitgeber an der Erhaltung der Volkskraft, und das Interesse des Staates bzw. Reiches an der Erhaltung der nationalen Wehrkraft. Und über diesen verschiedenen Interessen steht die soziale Pflicht der Gesamtheit und des Staates. Aus diesen Motiven heraus hat das Deutsche Reich die sozialen Gesetze erlassen, die weiter nichts sind, als jeweils ein großer Zwangsversicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit mit der Verpflichtung zu Beiträgen für alle interessierten Faktoren, Arbeitnehmer, Arbeitgeber und das Reich. Diese zwangsweise Selbsthilfe als dem Gegenstück zu der freiwilligen Selbsthilfe, der Gewerkschaft, bedeutet ein bahnbrechendes Prinzip für die ganze Kulturperiode. Die Wirkungen des Spiels der freien Kräfte auf dem Arbeitsmarkt werden paralysiert insofern, als die durch Krankheit, Unfall und Invalidität verursachte Arbeitsunfähigkeit durch die Leistung von Unterstützungen aus den Ergebnissen der Produktion in bezug auf Lohnrückerei und weitgehender Schädigung der Volksgesundheit gemindert werden. Einer für alle, alle für einen, ist das anerkannte Prinzip der Solidarität, welches in der sozialen Versicherung zum schönsten Ausdruck kommt. Und die erzielte Wirkung? d. h. Ziel und Zweck der deutschen Arbeiterversicherung? Es besteht darin, daß die Beschickung des Lebens, vor denen keiner sicher ist, am einzelnen durch die Solidarität der Gesamtheit in weitgehender Weise unwirksam werden, unbeschadet dessen, daß manche wertvolle Verbesserung noch möglich ist. Das Ganze ist hier zu beurteilen, und deshalb soll in Anerkennung des Geleisteten gesagt sein, daß nicht eine Demoralisierung der

Massen, sondern eine Steigerung der Produktionskraft durch Hebung der Existenzsicherheit und der Gesundheit des Volkes erzielt worden ist, wie sie sich auch schon in dem steigenden Durchschnittsalter der Arbeiter äußert. Von „Bettelsuppen“ reden kann aber nur der, welcher sich entweder den Wirkungen der Leistungen verschließt, oder aber aus anderen nicht sehr lauderen Motiven ein Interesse daran hat, die Arbeiterschaft unzufrieden zu erhalten oder einen weiteren Ausbau der sozialen Gesetze zu verhindern.

Die Hygienische Ausstellung in Dresden würde als unvollkommen gelten müssen, wenn sie nicht auf die deutsche Arbeiterversicherung hinwies. Halle 10 ist aber da und birgt mit ihren über 1000 Tafeln von Unfallverhütungs- und Schutzegebnissen, mit ihren Modellen von Heilstätten und Heilverfahren, mit ihren Tabellen über die Leistungen eine Fülle von Material für den, welcher daraus lernen will. Insbesondere kann das Ausland sich an Halle 10 klar machen, was hier geschieht. Hoffen wir, daß mancher durch Halle 10 zur dankbaren Anerkennung des Geleisteten gelangt und dadurch auch neue Freude und Interesse zur Mitarbeit am weiteren Ausbau unserer deutschen Arbeiterversicherung gewinnt. K.

Gewerkschaftliches aus Württemberg.

Nachdem vor längerer Zeit die württembergischen christlichen Gewerkschaften die Notwendigkeit zentralisierter Landesarbeit eingesehen und deshalb bereits vor mehreren Jahren die erste gewerkschaftliche Landeskonferenz für Württemberg veranstaltet haben, humpeln nunmehr auch die württembergischen „freien“ Gewerkschaften als „fortschrittliche“ Arbeiterorganisationen hinterher und veranstalten ebenfalls eine gewerkschaftliche Landeskonferenz für Württemberg. Damit zeigen sie, daß sie auch von den nach ihrer Meinung so „bedeutungslosen“ christlichen Gewerkschaften noch etwas lernen können.

Die christlichen Gewerkschaften Württembergs haben unterdessen schon zwei weitere Landeskonferenzen ihrer Kartellvorstände veranstaltet, durch die fruchtbringende Arbeit für die württembergische Gesamtbewegung geleistet worden ist. Es erfüllt uns deshalb vom Standpunkte der Toleranz mit großer Genugtuung, daß auch die „freien“ Gewerkschaften von der Laskit der christlichen Gewerkschaften lernen, wenn auch mit diesem Lernen der „freien“ Gewerkschaften ein größeres Ringen um die Prinzipien der deutschen Arbeiterbewegung in Württemberg einsetzen muß.

Wir sind auf unsern württembergischen Landeskonferenzen von dem Gesichtspunkt ausgegangen, Aufklärung über wichtige Arbeiterfragen in die Arbeiterwelt hineinzutragen. Anders die „Noten“. Sie haben mit einer gewissen Wollust sich in ihrer ersten Landeskonferenz a. a. auf die christlichen Gewerkschaften gestürzt und diese dreimal verhaspelt christlichen Arbeiterorganisationen „theoretisch“ einmal wieder mit Stumpf und Stiel „ausgerottet“. Es ist eigentlich verwunderlich, daß ihnen das mit der Zeit nicht endlich einmal langweilig wird, uns immer wieder „auszurotten“. Sie wissen doch ganz genau, daß wir uns nichts aus ihrem giftgeschwollenen Weiser uns gegenüber machen und jede haßerfüllte Rede gegen die christlichen Gewerkschaften mit um so größerer Werbelust für die christlichen Gewerkschaften beantworten. Das Sprichwort bleibt halt immer noch wahr, daß gegen Dummheit selbst Götter vergebens ankämpfen. Lassen wir also ihnen ihr sehr zweifelhaftes Vergnügen.

Nachdem mit der „Ausrottung“ der christlichen Gewerkschaften in Württemberg der günstige Resonanzboden für allen möglichen jüdischen Humbug geschaffen war, ging es dann auch los in dem Beweisen, daß die „freien“ Gewerkschaften

„neutral“ sind. Bei der Reichsversicherungsordnung, die nach einem Vortrage Mattutatis zur Diskussion stand, haben „natürlich“ nur die sozialdemokratischen Abgeordneten ihre Pflicht und Schuldigkeit gegenüber den Arbeitern getan. Werz will sich glaubt, gibt acht Groschen. Bei den kommenden sozialen Wahlen wollen die „freien“ Gewerkschaften besonders schick vorgehen. Das ist verständlich, haben wir doch jetzt das Verhältniswahlssystem, weshalb es nicht ausgeschlossen ist, das christlichen Arbeiterorganisationen energisch und entschieden Rechte bei den Wahlen wahrnehmen werden. Um ja nicht zu gehen, will man sogar einen Leitfadens für soziale Wahlen ausarbeiten und drucken lassen, um ihn dann an Wahlstellen in Württemberg zustellen zu können.

Ferner ist eine gewerkschaftliche Landeszentrale für Württemberg gegründet worden, an deren Spitze Gewerkschaftssekretär Farrer-Stuttgart steht. Der Smünd-Delegierte war dagegen, aber die andern alle dafür. Zweck dieser Landeszentrale, die sich ein Satzungsstatut und einen Landesauschuß gegeben hat, ist: Vorbereitung und Durchführung der Wahlen der Arbeitervertreter bei allen sozialen Wahlen; Unterstützung der Gewerkschaftskartelle über der Generalkommission angeschlossenen Organisationen der Agitation und bei Lohnkämpfen; Förderung und planmäßige Regelung des Bildungswesens; Erledigung aller Gewerkschaftskartellen gemeinsamen Angelegenheiten. Die neugewählte Landesauschuß denkt dabei in erster Linie die Unterstützung und Förderung derjenigen Organisationen die noch in den Anfangsstadien sich befinden und denen aus verschiedenen Gründen die Agitation ungemein schwer wird. den Feld- und Waldarbeiterverband, die Hausangestelltenorganisation, die Friseurvereinigung usw.; auch die Agitation unter Frauen soll energisch in Angriff genommen werden. Jahresbeitrag pro Mitglied in Württemberg soll 2/3 Mark betragen. Wenn man bedenkt, daß ca. 70 000 Mitglieder der „freien“ Gewerkschaften in Betracht kommen, so erkennt man, daß hier sich eine neue Einnahmequelle für die „freien“ Gewerkschaften von ca. 1750 Mk. das Jahr für die Agitation eröffnet.

Natürlich mußte noch ein besonderer Trumpf ausgespielt werden, um der Öffentlichkeit den Nachweis zu erbringen, daß die württembergischen „freien“ Gewerkschaften wirklich „ganz neutral“ sind. Und deshalb war für die Nachmittagsitzung der Konferenz der Parteisekretär Pflüger von der sozialdemokratischen Partei engagiert, um den „neutralen“ Delegierten ein Kapitel über den Maifeierfonds zu halten. Hier in diesem Vortrage zeigte sich so recht die innige Brüderlichkeit der sozialdemokratischen Partei mit den „freien“ Gewerkschaften. Der „Genosse“ Pflüger machte gar kein Hehl daraus, daß es für einen „freien“ Gewerkschaften selbstverständlich ist, auch Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu sein. Auf der einen Seite — rabulische Agitation über das „Elend der Massen“; auf der andern hier in der Landeskonferenz Betonung der Notwendigkeit der Auffüllung des Maifeierfonds, um die Ausgesperrten über Wasser halten zu können.

Anwesend waren auf dieser ersten Landeskonferenz der sozialdemokratischen Gewerkschaften Württembergs 75 Delegierte, von denen 36 die „freien“ Kartelle, 11 an Kartellen nicht angegliederte Zahlstellen vertraten. Von den württembergischen Gauleitern waren 24 anwesend, ferner 1 Vertreter des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei und 1 Vertreter aus Bayern. Ferner waren zugegen 3 Beisitzer der Zentralstelle für Handel und Gewerbe und 3 Beisitzer vom Eisenbahnbeirat.

Die württembergischen christlichen Gewerkschaften werden die Konsequenzen aus den Angriffen ziehen, mit denen die Vertreter der „freien“ Gewerkschaften gegen sie zu Felde gezogen sind. Es ist die beste Antwort darauf, daß je

Aus den Erinnerungen eines Düsseldorfer Vergolders.

II. Ein Beruf, welcher durch die moderne Entwicklung sehr gelitten hat, ist der der Vergolder. Besonders ist die Rahmenvergolderei im Rückgang begriffen. Man hat vielfach behauptet, die Goldrahmen würden durch die Zeiten verdrängt. Das dürfte kaum der Hauptgrund sein. Es geben der Gründe viele, der wichtigste aber ist wohl, daß nicht mehr so viel Bilder in den besseren Häusern an die Wände gehängt werden. Die Rahmenvergolderei fand bis vor wenigen Jahren ziemlich auf der Höhe. Dann bekam dieselbe den ersten Rückschlag beim Aufkommen des Jugendalters, da dieser Stil die Arbeit sehr verminderte. Das echte Gold verhielt sich ganz anders. In Düsseldorf z. B. machte sich die Entwicklung sehr gut bemerkbar, da bis dahin fast alles echt vergoldet wurde. Fast sämtliche Rahmen wurden farbig. Statt „rot“ vergoldet, wurde „rot“ gemacht. Das Glanzgold fiel bald ganz weg und der Schmutz war der, daß viel „auf den Panzen“ gemacht wurde. Der Prinzipal stand fast ganz dabei, doch die Geschäftslage wurde immer schlechter. Ein Teil der Schäfte wurde überflüssig. Fast alle Arbeiter konnten in der Zwischenzeit ihre Lage verbessern. Die Vergolder hingegen saßen heute noch fast erschwerend auf 50 Pfg. Stundenlohn bei 9 u. 10 stündiger Arbeitszeit. Dann kam das sogenannte Fabergé-Gold auf. Die erste Zeit wurde Rahmen und Möbel nur mit vergoldet. Fabergé-Gold ist echtes Stanzgold, welches als Platinvermischung angesehen wird und mit dem Hauptteil auf den vorher polierten Gegenstand aufgetragen wird. Die Vergolder werden dabei oben auf mit dem Goldstein poliert; die Bemalungen bleiben matt; die Finger werden meistens Blei, Glas und Holz. Man machte auch viel in echter Bronze. Die echt vergoldeten Sachen sind heute aber schon wieder vielfach verdrängt durch macht Fabergé-Gold, d. h. Metall und Bronze poliert. Die Metallrahmen werden gut gefirnisset mit Fabergé-Gold, welche aus Bronze, Chromnickel, grüne Umbrana, Zinkweiß, Del. Terpenin und Essenz hergestellt sind, und oben abgegrünzt. Da nun ein solches Rahmen kein Glanzgold gemacht wird, sind die Rahmen schnell fertig. Durch diese rasche Arbeit erklärt es sich denn auch, daß z. B. in Düsseldorf 5—6 größere Rahmenvergoldern sind, und nur noch eine mit jenen 7—10 Rahmenvergoldern und ebenfalls Zeitungsvergoldern arbeiten. Außerdem sind noch einige kleine Herrschaften vorhanden. Demnach lag die der Geschäftslage ganz die Organisation der Vergolder. Als Düsseldorf keine ich die Ver-

hältnisse am Orte am besten. Ich möchte jedoch nur einige interessante Punkte herausgreifen. Wir hatten hier abwechselnd „Grünspacht“, „Bergolderverein“, „Verband“, „Fachverein“ und wieder „Verband der Vergolder und verwandter Berufsgenossen“. Jetzt sind die Kollegen dem christlichen und dem soziald. Holzarbeiterverbände angeschlossen; beide haben Bergoldersektionen. Ein Bedürfnis hier in der Stadt, sich zusammenzuschließen, war für die circa 80 bis 100 Kollegen immer vorhanden, besonders stark aber in den achtziger Jahren. Der „Grünspacht“, in dem nur Vergolder aufgenommen wurden (auch Meister konnten beitreten) war mehr Vergnügungsverein. Er hielt Katernausflüge ab, machte den Fastnachtzug mit und leistete allerlei Nehrliches, bis er später als Bergolderverein zu Grunde ging. Der Bergolderverband, welche Filiale um die selbe Zeit gegründet wurde, hatte über 60 Mitglieder mit einem Wochenbeitrag von 15 Pfg. Ihm war aber nur ein kurzes Dasein beschieden, die Filiale ging bald wieder ein. Die Kollegen waren der Vergoldungen zu sehr gewöhnt. Politik wurde im „Grünspacht“ nie berührt, es wurde nichts von Streiks erwähnt, es gingen keine Streiklisten rund, hier in der Verbands-Filiale war doch so alles anders. Es wehte ein sozialistischer Geist; hier an der Spitze standen, waren „rot“, die größte Zahl der Mitglieder „schwarz“, deshalb konnte das nicht lange so dauern. Bei einer Firma wurde gestreikt, der Streik gewonnen und der Verband war bald zerronnen. Dann kam der Fachverein zustande. Ich war da wie dort immer einer der ersten bei Gründung. Auch der Fachverein zählte circa 60 Mitglieder. Wir hatten bei 500 Mark Kapital. Eine Krankenkassenversicherung von 6 Mark pro Woche war eingeführt. Dieser Verein blühte sehr, aber er war ein einziger Kollege, die auch Mitglieder waren, ein Dorn im Auge. Das Geheiß „Verband“ ging noch immer um. Es wurde später hinter den Kulissen gearbeitet, bis eines abends der Antrag auf Auflösung gestellt und die Gründung einer Verbands-Filiale beschlossen wurde. Die eine Bombe schlug das bei vielen Kollegen ein. Auch ich wußte jetzt, daß alles hin war. Das schone Geld war unisono geparkt worden. Der Antrag auf Auflösung der Geber unter sämtliche Mitglieder fand vielen Anklang. Zwei Kollegen setzten das Lot und erklärten ihren Ausscheid. Der Antrag, das Geld der Verbandskasse zu übernehmen, wurde abgelehnt. Auch wurde ich vor Antritt an den Verband, da die Sache vertrieben sei. Persönlich war ich sehr für den Verband, aber als Kenner der Verhältnisse wußte ich genau, daß dieses der Schluß von allem sei. So ist denn auch gekommen. Eine öffentliche Versammlung wurde abgehalten, ein Referent

„überzeugte“ die Kollegen von der Notwendigkeit des Verbandes (der Zukunftsstaat als Endziel wurde ja gezeigt) und dann ging es „ans Teilen“. Jeder, ob grade eingetreten oder all die Jahre bezahlt hatte, erhielt aus der Fachvereinskasse gegen 17 Mark. Das zog. Das Geld annehmen, für den Antritt an den Verband stimmen, dann Schluß mit allem, das war der Erfolg der sozialistischen Propaganda. Die meisten Kollegen kamen nicht zum Verband. Ich folgte mich natürlich auch nicht an, auch hier nicht mit teilen dürfen. Die andern blieben nach und nach aus und so schrumpfte der Verband bis auf ein paar Mann zusammen. Das war in der Mitte der neunziger Jahre. Im Jahr 1904, als die Behandlung mancher Kollegen detari wurde, es nicht mehr so weiter gehen konnte, ging durch die Köpfe der Vergolder wieder der Einigungsgedanke. Der Zusammenschluß war nach den Vorkommnissen im Fachverein aber nicht so leicht, da die Verdrüftung noch nicht völlig beseitigt war. Vertrieben hatten wir schon verschiedene Male, die Arbeitsbedingungen günstig zu gestalten. Einmal war uns dieses auch geglückt. Beim letzten Male wurde uns seitens der Firma der Bescheid: „Geh her und seid vernünftig.“ Wir sahen, daß es doch nicht mehr ging. Es wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten mit dem Resultate, daß wir uns mal wieder dem Verbande anschließen. Später setzten wir eine Bewegung in Szene und zickten dadurch die neunstündige Arbeitszeit und die Abschaffung der Akkorarbeit.

Dieses alles berührte aber immer nur die Rahmenvergolderei. Die Kollegen in der Leistenbranche sagten immer, sie seien zufrieden, sie wollten es nur nicht schlechter haben. Wie es heute mit ihnen ist, das steht auf einem anderen Blatt. Durch die Abstimmung wurde später der Bergolderverband aufgelöst und schloß er sich korporativ dem sozialdemokratischen Holzarbeiterverband an. Eine Anzahl Mitglieder waren aber durch verschiedene Mittel im Fachblatt (Korrespondenzblatt der Vergolder), in sozialistischen und atheistischen Inhalts waren, so gegen sozialistischen Gewerkschaften gestimmt, daß sie beschloßen, in den Zentralverband christlicher Holzarbeiter überzutreten. Zu den Kollegen traten wir über, heute sind es 24. Wir haben so diejenigen organisiert, die nie im roten Verband waren. Als ein Beweis für die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. Dieses nur einige Erinnerungen, die ich später einmal zu ergänzen hoffe. Vielleicht findet sich ein Kollege, der ebenfalls zur Entwicklung des Berufes und der Organisation einen Beitrag beibringen kann.

Christliche Gewerkschaftler in Württemberg, für jede Beileidigung der „freien“ auf dieser den württembergischen christlichen Gewerkschaften nachgemachten Landeskonferenz sich der Arbeit entzieht, vorerst einmal ein neues Mitglied unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zuzuführen. Das weitere findet dann von selbst.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der **2. Wochenbeitrag** für die Zeit vom 7. bis 13. August fällig ist.

Die Abrechnung des II. Quartals 1911 sandten einige Abteilungen noch nicht ein. Die Namen derselben werden in der nächsten Nummer des Verbandsorgans veröffentlicht.

Veröffentlicht werden ebenfalls die Zahlstellen, welche die Arbeitslosenmeldebarte für den Monat Juli nicht einsandten.

Auszahlung der Reiseunterstützung. In letzter Zeit zahlten mehrere Ortskassierer wiederum Reiseunterstützung an Mitglieder anderer Verbände. Das ist durchaus unzulässig und können solche Beträge keinesfalls von der Hauptkasse übernommen werden. Jeder Verband zahlt seinen Mitgliedern das, worauf sie ein Anrecht haben und sollte man deshalb bei Kollegen, die um Unterstützung bei anderen Verbänden vorsprechen, doppelt vorsichtig sein, damit nicht Gelder unnütz an Schwindler oder Kassenmarder verabsolgt werden.

Verlorene Mitgliedsbücher: Nr. 35119, Peter Wolf; Nr. 61045, Johannes Rohne.

Der Schreiner Paul Klupsch, Buchnummer Nr. 68701 ist abgereist, ohne das Buch zu bezahlen. Das Buch ist von den Zahlstellen einzubehalten und jedwede Unterstützung zu verweigern.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Ortsstelle jede Woche vor Redaktionsschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Zuzug ist fernzuhalten

- Schreiner und Maschinenarbeiter:** Liegnitz; Worms, Fulda (Firma Cramer, Inhaber Ziegler), Münster i. W., Stolberg Rhld., Winterthur (Schweiz), Meiderich, Sterkrade, Mülheim Ruhr, Cham (Firma Schoyerer), Schwandorf.
- Metallschreiner:** Darmen-Elberfeld.
- Hausmaler:** Rißler-Rißlerhammer (Bock & Co.).
- Werkstättenarbeiter:** Bonn (Kühlung).
- Verfärbere aller Berufe:** Danzig und Elbing (Schichau).
- Modellschreiner:** Selsenkirchen (Schalter Gruben- und Hüttenverein).

Tarifierneuerung in Steinbach. Nach mehrmaligen Verhandlungen ist mit der Steinbacher Holzwarenfabrik Gebr. Fischer ein neuer Vertrag auf 2 Jahre abgeschlossen worden. Die Arbeitszeit wird um 2 Stunden wöchentlich verkürzt. Schreiner und Maschinenarbeiter erhalten eine sofortige Lohnhöhung von 3 Pfg. pro Stunde, und die Schreiner eine weitere Erhöhung von 2 Pfg. ab 1. April 1912. Die Akkordpreise der Drechsler wurden durchschnittlich um 12% erhöht.

Berichte aus den Zahlstellen.

Cöln. Die Erreichung der Mitgliederzahl 1000 in unserer Zahlstelle gibt der Ortsverwaltung des soziald. Verbandes Veranlassung, in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung“ an ihre Kollegen die ernste Mahnung zu richten, an der weiteren Ausbreitung der soziald. Zahlstelle, der Ortsverwaltung nach Kräften behilflich zu sein. Außerdem hat der soziald. Verband die Anstellung eines Soldaten Hauskassierers beschlossen. Damit die „Genossen“ gleichgültig gegen die Christlichen haben, wird ihnen in der nächsten Nummer der Holzarbeiter-Zeitung von einem Streikführer der „Christen“ bei einer Kasser-Firma erzählt. Mit dem Streikführer wird man jedoch wenig ausrichten. Die „Holzgenossen“ haben es eben in Cöln bereits soweit gebracht, daß man ein Mensch mit normalen Sinnen keinen Glauben mehr spendet. Wir stellen nur fest, daß unser Verband mit der Firma ihren Tarifvertrag abgeschlossen hat. Es handelte sich vielmehr um die Innehaltung des allgemeinen Vertrags. Da die Firma durch erfolglose Beitritt zum Arbeitgeber-Schutzverband der Vertrag mit unserem Verbandsvertreter gegenüber als für sich bindend anerkannt hat, ist die Sache für uns erledigt. Wenn die „Genossen“ noch Wünsche haben, mögen sie sich an die zuständige Schlichtungskommission wenden.

Paris (Frankreich). Unsere hiesige christliche Gewerkschaft Syndikat chretienne), die sich aus deutschen Arbeitern der verschiedensten Berufe zusammensetzt, erfreut sich einer guten Entwicklung. Die Mitgliederzahl, die je nach der Saison zu oder abnimmt, beträgt z. Bt. 45. Die Klassenverhältnisse sind nicht günstig. Zur gewerkschaftlichen Schulung der Mitglieder wurde eine Bibliothek angelegt, und ein Unterrichtskursus eingeführt, in welchem größtenteils wirtschaftliche Thematika auf der Tagesordnung stehen. Ab und zu finden auch Vorträge von französischen Herren statt, so z. B. über die französische Arbeiterbewegung und „La loi des retraites ouvrières“. Im Versammlungsort liegen mehrere deutsche Verbandszeitungen auf, welche gerne gelesen werden, denn der größte Teil unserer zureisenden Mitglieder ist französischer Sprache nicht mächtig, weshalb sie gerne heimatische Literatur suchen. In letzter Zeit waren die Schreiner mit Kollegen an Lohnbewegungen beteiligt. Die Schreiner arbeiten in Paris noch 10 Stunden. Im Frühjahr wurde dazu übergegangen, am Neuntugendtag von Werkstätte zu Werkstätte durchzuführen. Wir sind gemeinsam in den Meisters, in denen wir in Betracht

kamen, mit dem „Chambre Syndical des Ouvriers Chretienne“ vorgegangen. Als der Neuntugendtag in 40 Werkstätten durchgeführt war, gingen die Arbeitgeber dazu über, diejenigen Arbeiter, welche den Neuntugendtag durchgeführt hatten, auszusperrten. Da die sozialdemokratischen Verbände hier keine Kassen haben, konnten sie ihren Mitgliedern keine Streikunterstützungen gewähren, so daß wir die einzigen sind, die in der Lage waren, Streikunterstützung zu bezahlen. Die Folge war nun, daß die Arbeiter nach einigen Tagen die Arbeit zu 10 Stunden wieder aufnehmen mußten. Man hat dann wieder von neuem begonnen, den Neuntugendtag einzuführen, was aber bisher mit wenig Erfolg gekrönt war. Von 12000 bis 15000 Schreiner haben jetzt 40 Werkstätten mit 400 bis 500 Arbeitern erst den Neuntugendtag. Man plant für diesen Herbst die allgemeine Einführung und wir möchten deshalb die Schreiner, welche diesen Herbst nach Paris zu reisen beabsichtigen, und hier arbeiten wollen, ermahnen, sich vor ihrer Abreise bei unserer Sektion über die Arbeitsverhältnisse zu erkundigen. Ebenso gibt die Sektion auch Auskunft (gegen Retourmarke) über Werkzeug. Vor allem möchten wir darauf hinweisen, daß die Schreiner ohne eigenes Werkzeug nicht arbeiten können. Die Sektion hat jetzt auch den Arbeitsnachweis eingeführt, vorderhand für Schreiner und Schneider. Für diese Berufe ist es hier nicht schwer, Arbeit zu finden, auch ist die Kenntnis der Sprache nicht direkt notwendig, da in diesen Branchen eine Anzahl Betriebe am Platze sind, in denen deutsch gesprochen wird, während bei den anderen Berufen etwas Kenntnis der Sprache erforderlich ist, um Arbeit zu erhalten. Da in unserer Gruppe ein starker Wechsel stattfindet, wurde im Statut die Bestimmung aufgenommen, daß jährlich zwei Generalversammlungen, Januar und Juli, stattfinden. Bei der Vorstands Wahl wurden, wiedergewählt die Kollegen Gärtenberger und Schmitz als Präsidenten, Akert als Schriftführer und Kümmerl für die Bibliothek. Neugewählt wurden die Kollegen Brenner als Kassierer und Beer und Imbrud als Beisitzer.

Schwelm-Gebirgsberg-Boerde. Trotz aller Hindernisse und der vielfach erfolglosen Bekämpfung seitens der Gegner von rechts und links ist unsere christlich-nationale Gesamtbewegung auch hier im Gebiete in stetem Aufsteigen begriffen. Es ist das ein erfreuliches Zeichen für den Geist, der trotz jahrelanger, absoluter Alleinherrschaft der Sozialdemokratie einen recht großen Teil der Arbeiterschaft hier durchglüht. Um diesen gesunden Geist auch nach außen einmal kundzutun, haben die auf christlich-nationalem Boden stehenden Arbeiter des Kreises Schwelm für den 20. August einen großen christlich-nationalen Arbeitertag in Altenvörde geplant, dem ein hervorragendes und gediegenes Programm zu Grunde gelegt ist. Zwei bedeutende Redner werden dort den oft verkanteten Charakter unserer Bewegung und ihre Bedeutung der breitesten Öffentlichkeit darlegen. Daneben haben sich eine Anzahl von Musik- und Gesangchören aus den einzelnen mitwirkenden Vereinen zur Verschönerung der Veranstaltung in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt, so daß also mit einer überaus wirksamen und eindrucksvollen Rundgebung zu rechnen ist, wenn sich die christlich-nationale Arbeiterschaft nur zahlreich beteiligt. Nach der Richtung appellieren wir an die Mitglieder unseres Verbandes, am 20. August mit freudigem Stolze sich zu bekennen als Anhänger unserer großen Sache, Zeugnis abzulegen für unsere hehren Ideale und dann mit neuem Mut, großer Begeisterung und frischer Tatkraft ans Werk zu gehen. Die Kollegen treffen sich um 3 Uhr nachmittags in der Kölnerstraße in Milspe. Dort erfolgt die Aufstellung zum Festzuge und um 3 1/2 Uhr Abmarsch nach dem Festlokal. Niemand darf sich ausschließen, alle Mann an Bord!

Sterbetafel.

Otto Endres, Tischler, gestorben zu Hamburg.
Alfred Jerehle, Schreiner, Kassierer der Zahlstelle Sonnef; beim Baden im Rhein ertrunken.
Ruhet in Frieden!

Gewerkschaftliches.

Ein bemerkenswerter Rücktritt. In der neuesten Nummer (31) der „Holzarbeiter-Zeitung“ macht der Vorstand des soziald. Holzarbeiterverbandes bekannt:

„Unser langjähriger Sekretär, Kollege Gustav Beder, ist infolge Familienverhältnisse genötigt worden, Ende Juli d. J. von seinem Posten als Mitglied des Vorstandes zurückzutreten. Im Hinblick auf die wertvollen Dienste, die B. dem Verband geleistet hat, bedauern wir es sehr, den Mitgliedern diese Mitteilung machen zu müssen.“

Mit dieser Mitteilung ist die Ausschreibung des freigebliebenen Sekretärpostens verbunden. Der Posten ist mit einem Gehalt von 2640 bis 3240 Mk. dotiert. Der plötzliche Rücktritt Beder's ist immerhin geeignet, einiges Aufsehen zu erregen.

Einen Schwabensstreik hat ganz sicher das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell Heidenheim (Württemberg) gemacht, als es sich vom Oberbürgermeister dajelbst eine Streikkollekte bewilligen ließ. Ueber die rechtliche Seite dieser bürgermeisterlichen Maßnahme kann man ja geteilter Meinung sein. Ueberdies hat sich das Oberamt auf Veranlassung des Verbandes der süddeutschen Textilindustriellen um diese Seite angenommen. Der Fall ist folgender: Die Weber einer Heidenheimer Firma kamen mit derselben in Differenzen. Ein Teil der Arbeiter ist sozialdemokratisch-organisiert, der andere Teil gehörte keiner Organisation an. Auf einen besonderen Umstand hin, traten die Arbeiter in den Streik. Bei solcher Gelegenheit werden gewöhnlich auch die Nichtorganisierten unterstützt von den Gewerkschaftszahlstellen, wenn sie dem Verbands beitreten. Um nun das Geld für die Streikbetreuten zu sparen und doch Effekt zu erzielen suchte und erreichte das sozialdemokratische Gewerkschaftskartell eine öffentliche Kollekte. Wenn Nichtorganisierte so etwas machen würden, würde man als Gewerkschaftler wohl mit einem mitleidigen Nicken auf solche Jammergestalten ohne Stambesbewußtsein, ohne Solidarität, ohne Willen, durch eigene Kraft sich empur zu ringen, schauen. Wenn man aber weiß, daß ein sozialdemokratisches Gewerkschaftskartell den Arbeitern den Klingelbeutel auf diese Weise in die Hand gibt, da muß man sich unwillkürlich vor den Kopf greifen. Mit Klassenkampf, Klassenhaß, Solidarität und Verachtung gegen alle „Bettelgehenden“, die von der „verrottenen“ bürgerlichen Gesellschaft kommen, sind alle „Genossen“ durchdrungen. Wir haben die Millionen, die Masse, die Macht“, so hört man nicht selten und dann — dann — geben sie den Arbeitern den

Sammelteller und raten ihnen beisteln gehen. In Heidenheim haben die Genossen keine Konkurrenz und deshalb auch diese Solidarität.

Soziale Rundschau.

Was bringt uns die Reichsversicherungsordnung? Unter diesem Titel ist vom Generalsekretariate des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ein Flugblatt herausgegeben worden, das in knapper und dabei doch präzisier Form zeigt, was die deutsche Arbeiterschaft durch die Reichsversicherungsordnung gewonnen hat. Das Flugblatt enthält auch eine Widerlegung der von sozialdemokratischer Seite gegen die Reichsversicherungsordnung erhobenen Einwände und der Verdächtigungen gegen die christlichen Arbeiterabgeordneten. Es muß deshalb für die weiteste Verbreitung des Flugblattes gesorgt werden. Den Zahlstellen unseres Verbandes werden in der nächsten Zeit eine Anzahl Exemplare (der Mitgliederzahl entsprechend) zugestellt. Ueberall gilt es, über das neue Gesetzgebungswerk und die traurige Rolle, die die Sozialdemokratie bei dessen Verabschiedung im Reichstage spielte, Aufklärung zu schaffen, namentlich aber der Arbeiterschaft zu zeigen, wie es im Flugblatt heißt:

„Die sozialdemokratische Partei verfolgt im Reichstage die entgegengekehrte Politik, welche ihre eigenen Parteianhänger in den Gewerkschaften als die beste und erfolgreichste preisen. Jeden erreichbaren Erfolg sichern! In den Gewerkschaften preist sie jede, auch die kleinste Verbesserung, den Arbeitern als einen großen Erfolg der praktisch sozialen Arbeit an, wenn sie auch 90 Prozent ihrer ursprünglichen Forderungen hat preisgeben müssen.“

Im Reichstag gibt sich die sozialdemokratische Partei keinerlei Mühe, die politischen Schwierigkeiten überwinden zu helfen, die dem Fortschritt der Sozialpolitik im Wege stehen. Im Gegenteil, sie verschärft die Gegensätze durch übermäßige Kritik und Beschimpfung der bürgerlichen Parteien, insbesondere auch der christlichen Arbeiter-Abgeordneten. Umso mehr ist es unsere Pflicht, die deutschen Arbeiter wahrheitsgemäß aufzuklären über die Fortschritte der Gesetzgebung und ihnen an Hand zu gehen durch Rechtschutz zur Sicherung ihrer Ansprüche.

Die Sozialdemokraten aber schädigen die Arbeiter, weil sie ihnen nicht sagen, welche Verbesserungen das Gesetz bringt, ja sie zur Meinung führen, es enthalte Verschlechterungen gegenüber dem bisherigen Recht. Wenn der Arbeiter aber die Verbesserungen des neuen Gesetzes nicht kennt, kann er sie nicht für sich anwenden.“

Verband westdeutscher Konsumvereine. Diese Vereinigung von Konsumgenossenschaften, die durchweg von christlichen Arbeitern gegründet wurden und geleitet werden, hielt am 25. und 26. Juli in Cöln ihre Generalversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht, der erstattet wurde, ist hervorzuheben, daß die Zahl der angeschlossenen Konsumvereine 91 betrage. Der Gesamtumsatz der Vereine belief sich im Jahre 1909 auf 12460497 Mk., im Jahre 1910 auf 16875415 Mk. Ueber die allgemeine Lage des Verbandes führte Verbandsdirektor Schlaack aus: Je größer die Kämpfe gegen die Konsumvereine seien, desto größer sei deren Resonanzboden geworden. Allerdings seien auch einige Vereine in Liquidation getreten und einer habe Konkurs angemeldet. Eindringlich müsse er Vorstände und Aufsichtsräte ermahnen, ihre Pflicht zu tun. Der große Aufschwung nötige dazu, einen zweiten Sekretär anzustellen. Des weiteren werde eine Verwaltungskorrespondenz herausgegeben werden. Die Gegner der Konsumgenossenschaften hätten erreicht, daß auch einige Handelskammern, die Vertreter des „massenexistenzmordenden Großkapitals“, und der Hansabund, dessen Mitglieder auch die Warenhäuser seien, gegen die Konsumgenossenschaften Front gemacht hätten. Durch steuerliche Ausnahmegesetze wolle man die Bestrebungen der Konsumvereine hintanhaken. So habe der Abg. Hammer im Landtage ein solches Ausnahmegesetz beantragt. Hiernach solle der feste Rabatt der Konsumvereine besteuert werden, der nach Ansicht der Gerichte nicht als Reingewinn in Betracht kommen könne. Das Gesetz, wonach die Konsumgenossenschaften der Einkommensteuer unterliegen, treffe von allen Genossenschaften nur diese. Der § 8 des Gewerbesteuer-gesetzes und der § 5 des Warenhaussteuergesetzes bedeuteten eine Zurücksetzung der Konsumgenossenschaften. Es sei jetzt endlich des Unrechts genug. Man wolle keine Bevorzugung, sondern nur gleiche Steuern, gleiche Rechte. Der Antrag Hammer bedeute allein für die Cöln-Mülheimer Genossenschaft „Eintracht“ eine Mehrbesteuerung von 50000 Mark. Sollte der Antrag Hammer Gesetz werden, so bleibe der Weg noch offen, den die Hamburger Konsumgenossenschaft „Produktion“ bereits beschritten habe, die sich bereits in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt habe. Man würde derartige Wege nur ungern beschreiten, aber man lasse sich die Lebensader nicht unterbinden. — Der Genossenschaftstag, der auch von Vertretern der verschiedensten bürgerlichen Parteien besucht war, nahm zwei Resolutionen an, von denen die eine sich gegen die Sonderbesteuerung der Konsumvereine ausspricht und die andere den ausgesperrten Arbeitern der Zigarrenindustrie am Niederrhein ihre Sympathie erklärt.

Studentische Arbeiterkurse. Wie seit mehreren Jahren, so finden auch in diesem Jahr in einer Reihe von Orten und Städten heimatische Arbeiterkurse statt. Sozial denkende Studenten, die sich frei gemacht haben von dem leider heute noch vielfach vorhandenen Kassengeist; Leute mit edlem Sinn, die hineinschauen wollen in die rauhe Wirklichkeit des Arbeiterlebens, um zu lernen; opfern ihre schöne Ferienzeit, um sich als Lehrer und Berater in diesen Kursen zur Verfügung zu stellen. In den Osterferien fanden dreiundfünfzig Kurse mit 2384 Teilnehmern statt. Der Unterricht erstreckt sich auf die verschiedensten Fächer. Vielen aus der Reihe der handarbeitenden Bevölkerung sind im Laufe der Zeit die elementaren Begriffe, wie sie in der Volksschule gelehrt wurden, abhanden gekommen. Ueber den Staat und seine Verfassung, die Geschichte desselben, über seine Tätigkeit, Aufgaben usw. über Geographie und andere notwendige Fragen des allgemeinen Wissens, herrschen oft die wunderbarsten Ansichten.

Um teure Bücher zu kaufen, Kurse zu besuchen usw. fehlt dem Arbeiter oft das Geld und die Zeit. Da setzt nun der Arbeiterunterrichtskursus ein. Seine Einrichtung ist einfach. Die Dauer der Kurse erstreckt sich gewöhnlich auf zehn Wochen in den Herbst- und auf fünf Wochen in den Osterferien. Der Unterricht selbst ist unentgeltlich. Frische, tatendurstige, junge Studenten sind die Unterrichtenden. So bildet sich bei gegenseitigem Verständnis ein Verhältnis — nicht zwischen Lehrer und Schüler, sondern zwischen Mensch und Mensch heraus. Die Kurse verlieren den Charakter des Unterrichtshauses, der Schule, in der der Lehrer mit überlegener Miene zum Schüler spricht. Die persönliche Annäherung schafft Freundschaftsbeziehungen zwischen den Angehörigen der handarbeitenden Klasse und Gebildeten. Der Student lernt hier das Fühlen und Denken der Arbeiterschaft kennen, was ganz gewiß für die christliche Arbeiterbewegung von Bedeutung ist. Deshalb allerorts an die Arbeit. Das Sekretariat für soziale Studentenarbeit in M. Glabach ist gerne zu jeder Information und Dienstleistung bereit.

Das Volksschulwesen in Deutschland. Einen mächtigen Faktor auf dem Gebiete der geistigen Kultur in unserem Vaterlande ist die Volksschule. In einer von R. Knabes herausgegebenen Schrift über das deutsche Schulwesen der Gegenwart finden wir darüber folgende Angaben: In allen europäischen Staaten betragen die Kosten für das Volksschulunterricht etwa 1700 Mill. Mk. Auf Deutschland fällt allein ein Drittel. Die Gesamtheit seiner Volksschüler betrug im Jahre 1906 etwa 9 1/2 Mill., von denen 6 1/2 Mill. auf Preußen kommen. Preußen zählt 37 761 Schulen mit 115 902 Klassen. Im Durchschnitt hatte jede Schule in den Städten 8,87, auf dem Lande 2,22 Klassen. Die Durchschnittsfrequenz der Klassen betrug auf dem Lande 53, in den Städten 54 Schüler. Von den 2 306 265 Schülern in den Städten wurden 1 669 256 in getrennten Knaben- und Mädchen- und 636 979 in gemischten Schulen unterrichtet, während auf dem Lande die entsprechenden Zahlen 561 587 und 3 296 596 waren. Bayern zählte im Schuljahre 1904/05 7 510 Volksschulen, von denen nur 510 Knaben- und 526 Mädchen-, die übrigen 6 481 gemischte Schulen waren. Der Klassendurchschnitt betrug 58 1/2 Schüler, also etwa 5 mehr als in Preußen. Württemberg zählte am 1. Januar 1907 650 500 Schulkinder; Sachsen hatte 1904 rund 3/4 Mill., von denen 47% in gemischten Klassen unterrichtet wurden. Sehr günstig war der Klassendurchschnitt in Baden mit 37,47 Schülern. Am ungünstigsten ist das Verhältnis in Hessen.

Der Unterricht für die 9 1/2 Mill. Schulkinder wurde von 167 587 Lehrkräften erteilt, von denen 138 203 männlich, 29 384 weiblich waren; das heißt das Zahlenverhältnis der Lehrer zu den Schülern ist etwa 5:1.

Die Unterschiede in den verschiedenen Teilen Deutschlands sind sehr verschieden. So kommen z. B. in Sachsen auf 100 Lehrkräfte nur 5, in Elb-Lothringen dagegen 45 Lehrkräften. Die geringste Zahl an Lehrkräften hatte Schaumburg mit 93, die größte Preußen mit 102 764. Auf eine Lehrkraft entfielen in Preußen 60 Schulkinder, in Schaumburg dagegen 85. Am günstigsten stehen Hamburg und Lübeck, wo auf eine Lehrkraft 35 bzw. 33 Schulkinder kommen.

Die Anwendungen für die Volksschulen sind natürlich ganz gewaltig. Deutschland zahlt heute etwa 524 Mill. Mk., von denen 151 Mill. aus Staatsmitteln angebracht wurden. Nicht mit eingerechnet sind in dieser Summe die Kosten der staatlichen Schulaufsicht und des Lehrerbildungswesens. Von Interesse ist noch die Gesamtausgabe für einen Schüler; die Provinz Sachsen, Bremen und Hamburg stehen mit 75,79 und 88 Mk. an der Spitze, während Schaumburg nur 35 Mk. leistet. Der Durchschnitt beträgt 54 Mk. Deutschland steht heute an erster Stelle und ist die deutsche Volksschule eine der besten in ganz Europa; eine Tatsache, die bedeutsam ist für den Staat und ein Segen für das Volk.

Kapital und Arbeit. Der bekannte sozialdemokratische Volkswirtschaftler Calwer hat untersucht, in welchem Verhältnis der Produktionswert dem Kapital und der Arbeit zugeht. Auf Grund der amtlichen Statistik über die Aktien-gesellschaften und der Berufsgruppenstatistik-Lohnangaben kommt er zu dem Resultat, daß im Jahr 1907 der Lohnanteil in zehn Gewerbezweigen 6018,54 Millionen Mark (= 74% des Produktionswertes) der Kapitalanteil 2116,85 Millionen Mark (= 26%) betragen habe. Gegen das Jahr 1906 ist nach Calwers Berechnungen der Lohnanteil um 2,8% gestiegen, der Kapitalanteil am Produktionswert um den gleichen Prozentsatz gefallen. In der Holzindustrie zeigt sich, wenn die Calwer'sche Berechnung stimmt, daß der Lohnanteil noch mehr gestiegen ist. Dieser betrug im Jahre 1906 nur 69 Prozent, im Jahre 1907 hingegen 74,6 Proz. Der Kapitalanteil belief sich dementsprechend auf 31, resp. 25,4 Prozent. Allgroße Bedeutung ist der Berechnung wohl kaum beizumessen, da es sehr schwer halten dürfte, wirklich hieb- und schreibes statistisches Material über die Verteilung des Produktionswertes herbeizuschaffen. Immerhin kann die Möglichkeit gegeben sein, daß durch irgendwelche Einflüsse der Anteil des Kapitals gegenüber dem Lohnanteil vermindert wird.

Einfluss der Fabrikarbeiter. Wie allmählich das Einkommen der Fabrikarbeiter wächst, darüber finden wir

in der amtlichen Begründung zu dem neuen Entwurf eines Versicherungsgegesetzes für Angestellte eine interessante Schätzung. Es wird zunächst dargelegt, in welchem Maße der Anteil der Löhne der 5. Lohnklasse des Invalidenversicherungsgesetzes (Einkommen über 1150 Mk.) an den Gesamtleistungen der Versicherung gestiegen ist. Von 10⁰ Beiträgen kamen im Jahre 1900 nur 9 1/2%, im Jahre 1909 dagegen 23 1/2% auf die 5. Lohnklasse. Der Anteil stieg also von einem Fünftel auf annähernd ein Viertel. Im ganzen stieg die Zahl der Beiträge in der 5. Lohnklasse auf mehr als Dreifache. Die Regierung rechnet, daß diese Steigerung anhält und die Zahl der hier versicherten Arbeiter nach weiteren zehn Jahren nicht weniger als 8 1/2 Millionen betragen soll. Wenn man die Verteilung der Arbeitslöhne bei Krupp auf die Gesamtheit der Arbeiter überträgt (was allerdings nur mit großem Vorbehalt geschehen kann) so werden von diesen 8 1/2 Millionen Arbeitern im Jahre 1920 haben: 2 1/2 Millionen einen Jahreseinkommen von mehr als 1150 — 1500 Mk., 3 Millionen 1500 — 1800 Mk., 2 1/2 Millionen 1800 — 2100 Mk., 700 000, 2100 bis 2400 Mk., 150 000 2400 Mk. Sind diese Zahlen auch nicht ganz höchst; so ist es doch unverkennbar, daß ein neunenswerter Aufstieg der Arbeiterschaft in materieller Beziehung stattgefunden hat.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Arbeitermangel in der Orgelbaubranche? Manche Verufe haben unter einem Ueberangebot von Arbeitskräften zu leiden. Interessant sind deshalb die Bemerkungen, welche die Bonner Handelskammer in ihrem Jahresbericht über das Orgelbaugewerbe macht. Sie erwähnt den guten Geschäftsgang in dieser Industrie und hebt hervor, daß auch größere Lieferungen ins Ausland, speziell nach Rußland und Italien ausgeführt worden seien. Eine Betriebsvergrößerung habe aber nicht stattfinden können, weil es an tüchtigen Arbeitskräften gefehlt habe. Wir glauben, daß bei den gegenwärtig in der Orgelindustrie gezahlten Löhnen auch in Zukunft kein großer Zustrom von jungen Arbeitskräften zu erwarten ist. Sobald bessere Löhne gezahlt werden, wird auch das Orgelbaugewerbe nicht mehr über Arbeitermangel zu klagen haben.

Znunungen als Mitglieder der Arbeitgeberverbände. Der preussische Handelsminister ließ jüngst einem Regierungspräsidenten einen Bescheid zugehen, in welchem er die Auffassung vertrat, daß die Zunft beim Anschluß an den Arbeitgeberverband nur als solche Mitglied wird. Infolgedessen haben die Satzungen und Beschlüsse der Arbeitgeberverbände auf die einzelnen Zunftmitglieder keine unmittelbare Wirksamkeit. Die Zunft hat deshalb kein Recht, mit Zwangsmitteln gegen ihre Mitglieder vorzugehen, wenn dieselben vom Arbeitgeberverband beschlossene Aussperrungen nicht durchführen. Es würde die Anwendung von Zwangsmitteln auch gegen die Bestimmungen und Vorschriften der Gewerbeordnung über die zulässigen Aufgaben der Zünfte verstoßen.

Soziale Rechtfprechung.

Die Lohngarantie bei Affordarbeit. Ein als Kassenmacher bei einer Karosseriefabrik in Bremen beschäftigter Stellmacher klagte beim Gewerbegericht auf 4,35 Mk. rückständigen Lohn. In dem dortigen Tarif ist eine Bestimmung enthalten, nach welcher bei der ersten Affordarbeit nur der festgesetzte Affordpreis bezahlt, ohne daß der Stundenlohn garantiert wird. Der Kläger verdiente bei dem zweiten Afford noch 9,35 Mk. weniger, wie er hätte bei 58 Pfg. Stundenlohn verdienen müssen. Er schloß nun nach der vorher erwähnten Bestimmung, daß bei dem zweiten Afford der Stundenlohn garantiert werden müsse und forderte deshalb den Restbetrag. Die Firma zahlte freiwillig 5 Mk. Der Kläger war damit nicht zufrieden. Vor dem Gewerbegericht erklärte sich die Firma bereit, auch den Rest von 4,35 Mk. zu bezahlen.

Stempelsteuerpflicht der Tarifverträge. Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hat dem preussischen Finanzminister nach Beendigung des vorjährigen Kampfes im Baugewerbe die Haupt- und örtlichen Verträge zum Zwecke einer Entscheidung eingereicht, woraufhin jetzt der Finanzminister dahin entschieden hat, daß der Hauptvertrag der Steuer nicht unterliege, weil sich darin die Bestimmung befindet, daß die Geldentwässerung irgendwelcher vermögensrechtlicher Ansprüche aus dem Vertrage ausgeschlossen sei. Dagegen sind die örtlichen Verträge stempelsteuerpflichtig, und zwar fordern sie einen Vertragsstempel von 3 Mk., da sie die obige Bestimmung des Hauptvertrages nicht enthalten.

Gewerkschaften und Reichsvereinsgesetz. Nach den klaren Ausführungen des Reichskanzlers bei der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes im Reichstage sollen Gewerkschaften nicht unter die für politische Vereine getroffenen Vereinbarungen fallen. Es ist jetzt aber der Fall eingetreten, daß das Reichsgericht in entgegengezettem Sinne entschieden hat. Der Fall betrifft die Zahlstelle Thorn des soziald. Zimmererverbandes, die sich geweigert hatte, die Satzungen und das Vorstandsverzeichnis der Polizei vorzustellen. Das

Reichsgericht als letzte Instanz wies die Klage mit folgender Begründung ab:

„Wenn § 3 des Reichsvereinsgesetzes den Vorständen politischer Vereine bestimmte Verpflichtungen auferlegt, so folge aus weiteres daraus, daß die Polizei auch berechtigt sei, die Erreichung der fraglichen Nachweisungen (Statuten, Statutenänderungen usw.) durch Verfügung zu fordern. Es sei nun zunächst anzunehmen, daß die Zahlstelle ein selbständiger Verein sei. Das ergebe sich schon aus dem Statut des Zentralverbandes der Zimmerer. Die Zahlstellen des Zentralverbandes hätten danach eine eigene Organisation, einen eignen Vorstand, Kassierer, Revisor usw., und sie ersähten auch eine eigene Verwaltungstätigkeit. Auch erheben sie nicht nur Beiträge für den Gesamtverband, sondern es ständen ihnen auch eigene Mittel zur Verfügung, z. B. in sogenannten örtlichen Fonds, die sie sammeln. Ferner habe jede Zahlstelle eigene Ziele, indem sie Streiks und Aussperrungen im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung beschließen können. Darum seien zweifellos die Zahlstellen des Zimmerverbandes selbständige Vereine. — Aber auch der politische Charakter der Zahlstelle Thorn muß anerkannt werden. In einer Reihe von Versammlungen der Zahlstelle seien Gegenstände erörtert worden, die den politischen gehörten: Reichstagsauflösung, Kolonialpolitik, Reichsvereinsgesetz, Steuergesetz, Ostmarkenpolitik, Gesetzgebung bezüglich des Koalitionsrechtes. — Nach diesen Erörterungen hat der Senat auch keinen Zweifel, daß die Zahlstelle bezwecke, politische Angelegenheiten einzuwirken. Denn es sei in den Erörterungen zum Ausdruck gekommen, daß die Mitglieder bestrebt sein sollten, alles das, was notwendig sei, zur Durchführung zu bringen, insbesondere durch eine bestimmte Einwirkung bei Reichstagswahlen. Darin liege die Einwirkung auf politische Angelegenheiten.“

Das Urteil dürfte kaum auf eine Zahlstelle einer christlichen Gewerkschaft übertragen werden können. Beim Zimmererverband liegt jedoch einmal der politisch-sozialdemokratische Charakter klar zutage, während andererseits die Zahlstellen dieses Verbandes auch über ein hohes Maß von Selbständigkeit verfügen.

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Tischler-Fachschulen. Die Diskussion über die privaten Tischlerfachschulen wird in der deutschen Tischler-Zeitung fortgesetzt. Das Wort hat jetzt Herr Streich-Göthen ergriffen, der mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit gegen das Unternehmen des Herrn Maibaum-Nürnberg angeht. Namentlich werden zwar nicht genannt, doch verschlägt das nichts. Auf die Detmolder Schule bekommt ihren Teil. Wenn's so weiter geht, werden die Herren Fachschul-Inhaber sich ihre Kunst noch ganz abipenstig machen, vorausgesetzt, daß sie nun zuguterletzt noch aus geschäftlichem Klugheitszinn ein Karren zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen gründen. A Gott und manchmal auch bei anderen Leuten, ist ja kein Ding unmöglich.

Villing & Zoller Akt.-Ges. für Bau- und Kunsttischler in Karlsruhe. Trotz Rückgang des Umsatzes im letzten Geschäftsjahr von 678 000 auf 650 000 Mk. erhöhte sich der Betriebsüberschuss der Gesellschaft von 113 510 Mk. auf 141 285 Mk. 17 842 Mk. werden auf neue Rechnung abgetragen und auf das 370 000 Mk. betragende Grundkapital 5 Prozent Dividende (i. B. 6 Proz.) verteilt. Die Geschäftsaussichten sollen im laufenden Jahre gute sein.

Das Kempff'sche Unternehmen in Neusorg ist abgebaut vom Unglück verfolgt. Erst kürzlich wurde der Betrieb wieder geöffnet, nachdem er wegen Konkurses des früheren Besitzers monatelang stillgelegen. Jetzt wurde er von einer Feuerbrunst heimgesucht; das ganze Fabrikgebäude wurde bis auf die Umfassungsmauern eingeeßert. Der Schaden soll durch Versicherung ziemlich gedeckt sein. Als Entstehungsbursache wird Warmlaufen der Maschine vermutet. Am empfindlichsten sind die Arbeiter betroffen, die wiederum arbeitslos geworden sind.

Aus der Zündholzindustrie. Wie aus Fachkreisen verlautet, sollen sich die Fabrikanten geeinigt haben, die Produktion der einzelnen Fabriken auf 45% des Reichstkontingents beschränken, d. h. eine Fabrik, die bisher 40 000 Pakete lieferte, darf in Zukunft nur noch 18 000 fertigen. Die Folge dieser Fabrikationsbeschränkung ist natürlich, daß weitere Arbeitskräfte überflüssig werden. Ferner beachte man, daß erstens keine Abschlüsse mehr an Abnehmer gemacht werden sollen, bis der Vorrat aufgebraucht ist und zweitens die Preise für die 1000er Kiste auf 235 Mk. im Winter auf 245 Mk. festzusetzen. Mit diesen Beschlüssen der Zündholzfabrikanten hofft man der schwer darniederliegenden Industrie zur Hilfe zu kommen.

Adressenveränderungen.

- Elberfeld. R. Heinrich Federhann, Gertrudenstraße 21.
- Frankfurt a. M. R. Bittus Hoffmann, Silberberger-Vorstadt 22.
- Frankfurt a. M. R. Wilhelm Vöcker, Sodingerweg 22.
- Kempten. V. Anton Eckert, Sonnenstraße 6. 65.
- Leipzig. V. R. Duo Wimprecht, Riffshaden.
- Wangen. V. Josef Sonthausen, hintere Schmiedstraße. R. G. Bußler, hintere Hindstraße.

Eingelegte Sourniere
für Küchliche, Schalen u. Füllungen.
Nachschagen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Zahlreiche Kuchenzettel.
Carl Sch. Müller,
Bismarckstr.,
Heidelberg, Theaterstraße 7

Tüchtiger Schreiner
auf Kundheitsarbeit und gute Möbel gesucht.
Wilhelm Klein, Egera i. B.
Kempferstraße 10.
Tüchtige Modellhauer
gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung gesucht.
Leinhardt & Söhne,
Lina in Weßmar.

Gewerkschaftssekretär gesucht.
Das Bezirksamt der christl. Gewerkschaften für Duisburg und Umgegend sucht einen Parteibeamten. Bewerber müssen organisatorische und agitatorische Befähigung haben, sowie gute Kenner der deutschen Arbeiterbewegung sein. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche und Befähigung eines selbstverständlichen kurzen Lebenslaufes und eines Aufzuges über die Aufgaben eines Parteisekretärs bis zum 1. Sept. zu richten an J. Rothhäfer, Duisburg-Ruhrort, Kaiserstr. 130.

Tüchtiger, intelligenter
Möbel-Packer
für ladierte Küchen- und Schlafzimmerbauern gutegehaltene Stellung zum sofortigen Eintritt nach Lippe gesucht.
Kunstfertigkeit die Geschäftsstelle d. Hl.